DIE LINKE.

AUSGABE 10/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Wahlergebnisse	2
Stand Deutsche Einheit	3
Dank an so viele!	*4*
Kinderarmut	5
Politische Bildung Teil 43	6
Vergangenheit und Gegenwart	*8*
Stolpersteine	9
Soziale Marktwirtschaft	*10*
RB Leipzig	*11*
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freunde,

nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreicht DIE LINKE bundesweit 9,2 Prozent und erringt 69 Mandate, davon fünf Direktmandate. In Sachsen-Anhalt hat DIE LINKE nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 17,8 Prozent erreicht.

Wir danken den Wählerinnen und Wählern und vor allem euch, unseren vielen unermüdlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Denn ihr habt dafür gesorgt, dass die Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, auch Gegenstand des Wahlkampfes geworden sind. Auf den Wochenmärkten, vor den Einkaufszentren, auf Bartouren, im Internet und bei vielen Podien überall im Land stand DIE LINKE für bezahlbare Mieten, gute Arbeit, bessere Bildung und eine armutsfeste Rente und wird es auch weiterhin tun.

Für eure tollen Ideen im Wahlkampf, für euren tatkräftigen Einsatz, für eure wochenlange Ausdauer, für die großen und auch kleinen Dinge möchten wir euch heute unseren Dank aussprechen.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Höppner
Landesvorsitzender

Achim Bittrich
Landeswahlleiter

Henriette Krebs
Landesgeschäftsführerin

Zusammenfassung/Übersicht Wahlergebnisse zu den Wahlen (Auszug)

Bundesweit wurde folgendes Zweitstimmenergebnis erzielt:

CDU	26,8 %	200 Sitze (-55)
SPD	20,5 %	153 Sitze (-40)
DIE LINKE	9,2 %	69 Sitze (+5)
Grüne	8,9 %	67 Sitze (+4)
CSU	6,2 %	46 Sitze (-10)
FDP	10,7 %	80 Sitze (+80)
AfD	12,6 %	94 Sitze (+94)
Sonstige	5,0 %	

Direktmandate wurden gewonnen:
CDU 185, SPD 59, AfD 3, FDP 0, DIE LINKE 5, Grüne 1, CSU 46

Die Überhangmandate verteilen sich wie folgt:
CDU 36, SPD 22, AfD 11, FDP 15, DIE LINKE 10, Grüne 10, CSU 7

Im Land Sachsen-Anhalt wurde folgendes Stimmenergebnis erzielt:

Erststimmen (Wahl der Person im Direktmandat):

CDU	32,4 %
DIE LINKE	19,2 %
SPD	17,2 %
AfD	16,9 %
Grüne	3,2 %
FDP	6,5 %
Sonstige	4,6 %

Zweitstimmen (Wahl der Partei/Landesliste):

CDU	30,3 %	
DIE LINKE	17,8 %	4 Sitze gezogen
SPD	15,2 %	3 Sitze gezogen
AfD	19,6 %	4 Sitze gezogen
Grüne	3,7 %	1 Sitz gezogen
FDP	7,8 %	2 Sitze gezogen
Sonstige	5,7 %	

Im Wahlkreis 73 Burgenlandkreis—Saalekreis wurde folgendes Stimmergebnis erzielt:

<u>Erststimme</u>

CDU - Dieter Stier Wahlkreisgewinner!	33,5 % (-11,3)
DIE LINKE - Birke Bull-Bischoff	16,9 % (-8,8)
SPD - Hans-Jürgen Schmidt	13,1 (-2,3)
AfD - Uwe Gewiese	23,4 % (+23,4)
Grüne - Miriam Matz	2,5 % (-1,4)
NPD - Steffen Thiel	1,2% (-2,8)
Freie Wähler - Ronny Schneider	2,7 (+0,6)

<u>Zweitstimme</u>

CDU	29,9 % (-12,9)
DIE LINKE	16,3 % (-7,5)
SPD	13,2 % (-3,1)
AfD	24,6 % (+20,3)
Grüne	2,6 % (-0,5)
FDP	7,8 % (+5,1)
NPD	1,1 % (-2,1)
Freie Wähler	1,3 % (-0,1)

Wahlbeteiligung im Bundesgebiet:
76,2 % - das ist ein Plus von 4,6 Punkten zur letzten Bundestagswahl.

Somit ergibt sich für unsere Partei im Wahlkreis 73 Burgenlandkreis-Saalekreis, dass das Bundestagsabgeordnetenmandat durch Birke Bull-Bischoff verteidigt werden konnte. Aus der Situation, dass auch mit dem Einzug von Matthias Höhn in den Bundestag, zwei Landtagsabgeordnete den Landtag Sachsen-Anhalt verlassen, haben wir mit dem zweiten Nachrückemandat der Landesliste von Katja Bahlmann wieder eine Linke Landtagsabgeordnete zur Vertretung des Burgenlandkreises im Landtag Sachsen-Anhalt.

Die Bürgermeisterwahl in Lützen erbrachte folgendes Ergebnis:

Dorothee Berthold	5,1%
Lars Brzyk	3,1 %
Heiko Färber	8,2 %
Nico Neuhaus	25,7 %
Hans-Jürgen Ritzschke	6,2 %
Torsten Schubert	10,3 %
Daniel Truxa	1,3 %
Uwe Weiß	23,7 %
Michael Winter	16,4 %

Somit errang unser Kandidat der LINKEN, Lars Bryzk, den vorletzten Platz im Ranking um das Bürgermeisteramt. Die Stichwahl wird zwischen Nico Neuhaus und Uwe Weiß entschieden.

Herzlichen Dank auch an dieser Stelle, allen Wählerinnen und Wählern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, Genossinnen und Genossen für eure Unterstützung im Wahlkampf.

Zum Stand der Deutschen Einheit

Von Andreas Höppner

Zum vorgestellten Jahresbericht der Deutschen Einheit für das Jahr 2016 erklären die Spitzenkandidatin Petra Sitte und der Landesvorsitzende Andreas Höppner:

Keine Überraschung im Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit – der Osten hinkt dem Westen weiter hinterher, ist älter sowie stärker von Abwanderung betroffen. Sachsen-Anhalt verzeichnet dabei den größten Verlust an Einwohnern, zwischen 1990 und 2015 schrumpfte die Bevölkerungszahl um knapp 22 Prozent.

Diese Entwicklungen werden verstärkt durch die jahrzehntelange Ungleichbehandlung des Ostens bei Löhnen, tarifgebundenen Arbeitsplätzen und den Renten. Aus dem Kahlschlag und den Entscheidungen der 1990er Jahre resultieren auch drei Jahrzehnte danach schwierige Rahmenbedingungen. Deshalb ist Ostpolitik der LINKEN kein Blick zurück, sondern die Vertretung ostdeutscher Interessen für heute und morgen.

S-Bahn-Einfahrt in den Ostsektor: Mauerdreieck Liesenstr./Gartenstr. 1980

Nur 1,7 Prozent der gesamtdeutschen Führungskräfte sind Ostdeutsche und sogar im Osten sind mit gerade 23 Prozent unter den Führungskräften nur unterdurchschnittlich viele Ostdeutsche. Um Menschen in Sachsen-Anhalt zu halten, brauchen wir gute Löhne und Karrierechancen, eine exzellente Struktur öffentlicher Dienstleistungen, kulturelle Vielfalt und Weltoffenheit. Familien brauchen eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, kostenfreie Kitas und SchülerInnenbeförderung. Dies sind auch wichtige Bausteine für DIE LINKE zur Bekämpfung der hohen Kinderarmut in Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE hat mit der Durchsetzung des Mindestlohnes immer auch die Kritik an der unsäglichen Niedriglohnkultur verbunden. Sozial ist, was Arbeit schafft, war lange Leitspruch konservativer Wirtschaftsförderung. Aber, man muss von seiner Arbeit auch leben können. Schlechte Löhne und Arbeitslosigkeit führen unweigerlich in die Altersarmut. Am Ende zahlt die Gemeinschaft für die billigen Arbeitsplätze der Unternehmen. DIE LINKE sagt deshalb klar: Keinen Cent mehr aus Steuermitteln für schlechtbezahlte Jobs oder dauerhafte Leiharbeit. Wirtschaftsförderung muss gute Arbeit, Tarifbindung, Mitbestimmung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken – und zwar in Ost und West. Nur bundesweit einheitliche Standards können Tarifflucht der Unternehmen unterbinden.

Nur rund 100 Mandate des jetzigen 630-köpfigen Bundestages wurden in Ostdeutschland gewählt. Es kommt also bei der kommenden Bundestagswahl am 24. September auf jede Stimme an – für den Osten und für DIE LINKE. Wir kämpfen für das Ende der Spaltung Deutschlands in Ost und West, für die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen und für die stärkere Förderung Ostdeutschlands und anderer strukturschwacher Regionen. Mit Beharrlichkeit und Selbstbewusstsein – seit 27 Jahren.

Gekommen, um zu bleiben. Herzlichen Dank an so viele!

Es waren anstrengende und interessante Wochen im Wahlkampf: Kochen mit der LINKEN, politische, teils sehr kontroverse Diskussionen an Infoständen führen, Volleyball spielen, um für DIE LINKE zu werben, beim Haustürwahlkampf mit Unentschlossenen ins Gespräch kommen, auf dem Fahrrad im Wahlkreis sichtbar sein. An unzählig vielen Festen und Veranstaltungen haben wir teilgenommen, sind befragt und auf Herz und Nieren geprüft worden. Viele Genoss*innen haben sich nahezu bis zur letzten Minute engagiert, um mit Plakaten die Gegend zu verschönern oder sehr abgelegene Briefkästen und ihre Besitzer*innen mit politischen Angeboten zu versorgen Vor allem aber hat es viel Spaß gemacht, weil so viele Mitstreiter*innen dabei waren. Ein herzliches Dankeschön den vielen Genoss*innen, die mit mir gewissermaßen durch dick und dünn gegangen sind, Rat gegeben, organisiert, vorbereitet, mitgedacht und mitgemacht, gelegentlich auch mitgefiebert haben. Diese Zeit hat mich stark beeindruckt und gefordert, ich habe viel gelernt über unseren Wahlkreis, von unseren Genoss*innen und von Sympathisant*innen. Wir haben alle unser Bestes gegeben, sind über uns hinaus gewachsen. Allein das ist großartig und hat uns näher zueinander gebracht, es hat unseren Kreisverband gestärkt.

Unser Ergebnis muss uns nicht unzufrieden machen, wir haben bundesweit fast 500.000 Stimmen hinzugewinnen können. Auch im Vergleich zur Landtagswahl haben wir zugelegt. Aber der große Wehrmutstropfen bleibt: Eine rechtsextreme Partei nimmt nunmehr auch im Bundestag viel zu viel Platz ein. Und auch wir haben noch nicht wieder zu alter Stärke zurückgefunden. Nach wie vor stehen wir vor schwierigen Fragen, die nicht so ohne weiteres und schon gar nicht simpel zu beantworten sind: Wie gewinnen wir verlorene Wählerschaft in den ländlichen Räumen zurück, ohne an unseren linken Grundsätzen zu rütteln. Die Diskussionen darüber sind wichtig und wir sollten sie austragen, unter uns, aber auch mit allen denjenigen, die daran Interesse haben. Auch dafür haben sich im Wahlkampf neue Bündnispartner ergeben.

"Ich bin gekommen, um zu bleiben." - so habe ich es mir im Januar gewünscht. Nun kann ich diesen Anspruch sogar als Bundestagsabgeordnete einlösen. Und mittlerweile habe ich dafür und wie auch für viele andere Ideen und Vorhaben viele weitere Verbündete gefunden. Ich werde mich reinhängen und mein Bestes geben. Also freue ich mich auf unsere gemeinsame Zukunft. Packen wir´s an!

Information

Kreisparteitag - 21. Oktober 2017 - Bürgerhaus Hohenmölsen

Beginn: 10.00 Uhr Ende: ca. 14.00 Uhr

Alle Delegierten und Nachfolgedelegierten wurden bereits persönlich eingeladen—Gäste sind herzlich willkommen und können gern am öffentlichen Kreisparteitag teilnehmen.

Zu diesem Kreisparteitag werden die Ämter im Kreisverband neu vergeben - wir möchten nochmal die Genossinnen und Genossen aufrufen, eine Mitarbeit in den diversen Gremien des Kreisverbandes zu prüfen.

Große Anfrage zur Kinderarmut in Sachsen-Anhalt: Risiko Nr. 1: Jung, Frau, alleinerziehend

Von Monika Hohmann und Eva von Angern

„Im Jahr 2015 galten 82.252 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Sachsen-Anhalt als armutsgefährdet. Dies entspricht einer Quote von 27,2 Prozent. Insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder sind in hohem Maße von Armut bedroht. Deren Armutsgefährdungsquote war 2015 mit 43,9 Prozent fast dreimal so hoch wie die landesdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 14,5 Prozent. Demgegenüber sind Haushalte ohne minderjährige Kinder sowie Familien mit einem Kind unterdurchschnittlich armutsgefährdet.

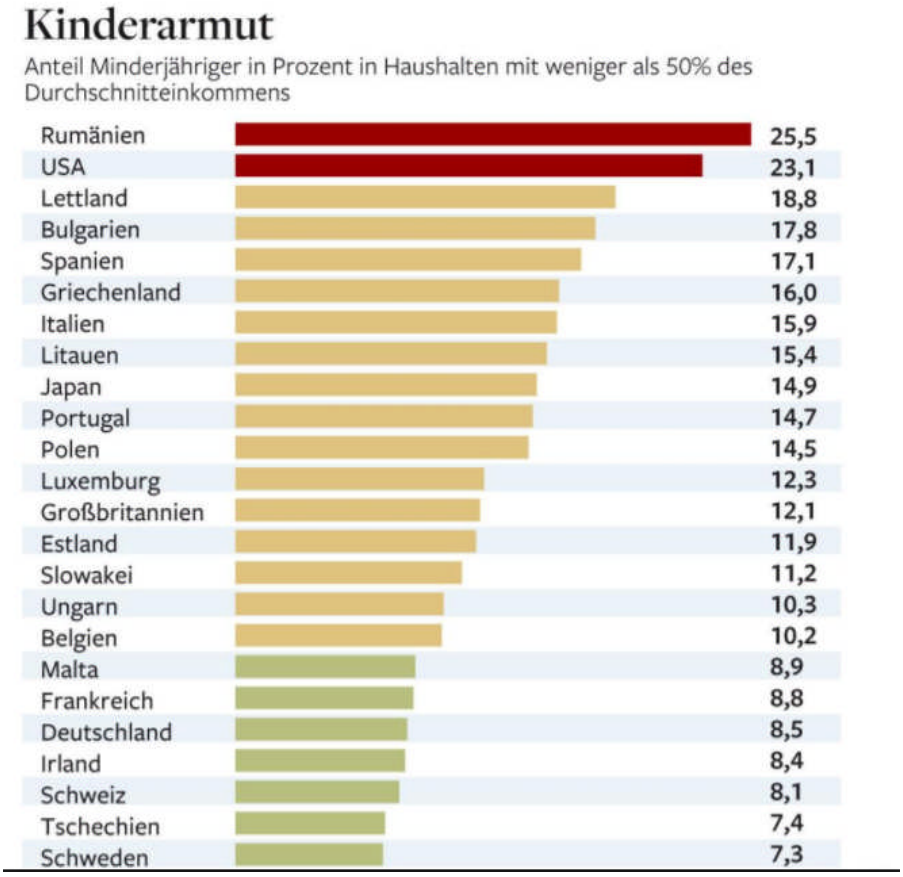
Auch die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes spiegelt die hohe Bedürftigkeit im Land wider. Im August 2016 hatten 42.976 Kinder unter 15 Jahren einen Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Im Bildungs- und Gesundheitsbereich zeigen sich starke Zusammenhänge zwischen der Herkunft, der ökonomischen Situation und der Größe der Familien einerseits und den späteren Bildungschancen, erworbenen Abschlüssen sowie der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder andererseits.

Im Bereich der Privatinsolvenzen zeigt sich, dass ca. 22 Prozent Alleinerziehende die Hilfe der Beratungsstellen suchen. Trotz der recht umfangreichen Antwort sind wir erstaunt darüber, dass die Landesregierung in vielerlei Hinsicht entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt über entsprechende Daten verfügt. In vielen Punkten zeigt sich, dass ein entsprechender Informationsgewinn nur über Anfragen bei den Landkreisen und kreisfreien Städten möglich ist bzw. die amtliche Sozialberichterstattung lückenhaft ist. So lassen sich bspw. die Armutsgefährdungsquoten nicht nach Landkreisen und kreisfreien Städten darstellen. Aussagen, wie viele armutsgefährdete Kinder und Jugendliche Leistungen der Jugendhilfe (z.B. Hilfen zur Erziehung) in Anspruch nehmen, sind nicht möglich. Viele Daten zum weiteren Berufs- oder Ausbildungsweg armutsgefährdeter Jugendlicher werden nicht erhoben, ebenso zu deren Wohnsituation.

DIE LINKE will nicht den gläsernen Bürger schaffen und sieht im Schutz persönlicher Daten ein hohes Gut. Jedoch sehen wir Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Erhebung armutsrelevanter Daten.

DIE LINKE sieht sich durch die Antwort der Landesregierung darin bestätigt, dass es richtig war, im Juni einen umfangreichen Antrag zur Bekämpfung von Kinderarmut in Sachsen-Anhalt zu stellen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. DIE LINKE wird auf eine zügige Beratung drängen, da schnelle Reaktionen mehr als nötig sind.“



Julius Pflug—früher Wegbereiter der Ökumene

Politische Bildung, Teil 43

Von Winfried Steffen

Das anstehende Jubiläum des Beginns der Reformation hat dazu beigetragen, in der 1050-jährigen Domstadt Zeitz mit einer großen kulturhistorischen Ausstellung unter dem Titel „Dialog der Konfessionen. Bischoff Julius Pflug und die Reformation“ eine Persönlichkeit zu würdigen, die hier gewirkt hat und Zeitz zu einem Ort gemacht hat, an dem sich ein Stück Geschichte von nationalem Rang ereignet hat.

Die im Hochmittelalter angelegte Bischofsburg, im 17. Jahrhundert zum Schloss der Herzöge von Sachsen-Zeitz umgebaut, beherbergt in der Galerie und den ehemaligen herzöglichen Zimmern im Westflügel des Museums Zeitz die umfangreiche, mit viel Mühe gestaltete Ausstellung, deren Besichtigung sich geschichtlich Interessierte nicht entgehen lassen sollten. Sie ist noch bis zum 1. November 2017 geöffnet.

Julius Pflug, 1499 in Eythra bei Leipzig in einer hoch angesehenen, zur Oberschicht gehörenden Familie geboren, hat eine Klosterschule besucht und an der Universität mit elf Jahren das Studium begonnen. Der Immatrikulationseintrag durch Hieronymus Dungersheim gehört zu den ältestsen Julius Pflug betreffenden Dokumenten. Außerdem studierte er in Italien, dem Ausgangsland der Renaissance. Als hochgebildeter Humanist stand ihm eine eindrucksvolle Karriere offen. Er war Ratgeber von Fürsten und am kaiserlichen Hof, als Diplomat war er Teilnehmer an mehreren Reichstagen und stand mit bedeutenden Persönlichkeiten der damaligen Zeit im Briefwechsel, beispielsweise mit Erasmus von Rotterdam.

Europaweite Aufmerksamkeit erregte das dramatische Geschehen um die Besetzung des Naumburger Bischofsitzes 1541/42. Das Domkapitel hatte den Mainzer Domherren und Zeitzer Stiftpropst Julius Pflug zum Bischof ausgewählt. Kurfürst Friedrich I. von Sachsen setzte jedoch als eigenen Kandidaten den Protestanten Nikolaus von Amsdorf ein. Ihn ordinierte Martin Luther am 20. Januar 1542 im Naumburger Dom zum ersten evangelischen Bischof der Welt. Auf der Durchreise soll Luther in der Dorfkirche in Hassel, einem Ortsteil von Droyßig, gepredigt haben. Damit wäre auch diese Kirche eine Luther-Gedenkstätte.

Julius Pflug konnte angesichts der Situation 1542 sein Bischofsamt noch nicht antreten. In diesem Zeitabschnitt gab es im Bistum Naumburg zwei Bischöfe: den von Luther ordinierten Bischof Nikolaus von Amsdorf und dem vom Papst und vom Kaiser Karl V. ausgewählten katholischen Bischof Julius Pflug. 1539 hatte Julius Pflug wegen der gewaltsamen Durchsetzung der Reformation in Meißen fliehen müssen. Dort erledigte er für den Kardinal Albrecht von Brandenburg, der als für das Wohl der Christen wirkender Seelsorger und Gelehrter galt, Verwaltungsaufgaben und unterstützte diplomatische Missionen und Bemühungen, beanstandete kirchliche Missstände abzuschaffen. 1)

Doch der Gang der Ereignisse wendete sich. Der Klerus in Rom und Kaiser Karl V. waren vom Vormarsch der Reformation überrascht und rüsteten zum Gegenangriff auf die Reichsfürsten, die die Reformation unterstützten. Protestantische Fürsten und Reichsstädte hatten 1531 unter Führung des Landgrafen Philipp von Hessen und des Kurfürsten Johann von Sachsen in Schmalkalden einen Bund geschlossen mit dem Ziel, Glauben und politische Selbstständigkeit zu wahren. Zugeständnisse von Karl V. förderten zunächst seinen Einfluss, doch ab 1541 verschärften sich unterschiedliche Zielsetzungen. 1546 verhängte Karl V. die Reichsacht über Philipp und Johann und es kam zum Schmalkaldischen Krieg, der nach der Niederlage des Bundes in der Schlacht bei Mühlberg am 24. April 1547 zu dessen Auflösung führte. Die Reformation wurde zurückgedrängt. Der Schmalkaldische Krieg war ein Vorläufer des Dreißigjährigen Krieges 1618 bis 1648. Nach dem Sieg ging Karl V. gegen die evangelischen Reichsfürsten vor. Nunmehr konnte Julius Pflug 1547 den Naumburger Bischofsthron übernehmen und in die einstige Zeitzer Bischofsburg einziehen. Als Bischof war er zugleich auch Landesherr, bestimmte die Rechtsordnung einschließlich der Kleider– und Hochzeitsordnung.

Als humanistische Persönlichkeit, als Teilnehmer an zahlreichen Zusammenkünften wie Reichstagen und dem Trienter Konzil, in Kontakt mit bedeutenden damaligen Persönlichkeiten, als Besitzer einer umfangreichen eigenen Bibliothek und als Verwalter der Stiftsbibliothek des Kloster Posa spielte er eine aktive Rolle im Dialog der Konfessionen. Dabei setzte er sich intensiv für den Ausgleich ein, wovon zahlreiche Dokumente zeugen, die in der Zeitzer Ausstellung zu betrachten sind. Der Dom St. Peter und Paul wurde grundlegend saniert. Im Chor des spätgotischen Doms befinden sich die Grabstätte und das Grabmal des

1564 verstorbenen Bischofs Julius Pflug. Hier befindet sich das Grab des bedeutenden Arztes und Naturforschers Georgius Agricola (Georg Bauer), den Pflug im Zeitzer Dom beisetzen ließ, da der evangelische Fürst nicht zuließ, dass er in seiner Wirkungsstätte Chemnitz die letzte Ruhe fand.

In der Stiftsbibliothek sind nicht nur das Gelehrtenzimmer, der umfangreiche wertvolle Nachlass Julius Pflugs zu besichtigen, sondern auch selbst persönlich nachgestaltet zu betrachten. In die Ausstellung insgesamt ist auch die evangelische Pfarrkirche St. Marien einbezogen. Als Julius Pflug im Bistum Naumburg als Bischof wirkte, war sie seine Stadtkirche.

Julius Pflug gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten, die im Verlauf der Geschichte in Zeitz und unserer Region tätig waren. Im nach dem Schmalkaldischen Krieg wieder katholisch gewordenen Bistum Zeitz, war er einer der wichtigsten aktiven Teilnehmer am Dialog der Konfessionen, ein Humanist, der sich für den Ausgleich miteinander einsetzte, der der durch die Reformation eingetretenen Spaltung der christlichen Kirche—von Martin Luther so nicht gewollt—belegt durch zahlreiche Ausstellungsexponate—zu jenen Veränderungen bei, die die katholische Kirche auch nach der Reformation weiterhin bestehen und wirken ließ.

Es wäre sicher im Sinne des Denkens und Wirkens von Julius Pflug, wenn von beiden großen christlichen Kirchen in Europa und Amerika das halbtausendjährige Reformationsjubiläum für die Stärkung der ökumenischen Bewegung und ein stärkeres Gewicht humanistischen Strebens genutzt würde.

Vgl. Andräs, Angelika, Besondere Leihgabe. In: Mitteldeutsche Zeitung, 16.06.2017, S.12

Schulsozialarbeit als Regelaufgabe etablieren

Schulischer Misserfolg hat viele Gesichter. Dazu gehören Abschulungen zurück in die jeweils nachkommenden Schulformen, Jahrgangswiederholungen und einiges mehr. Am Ende der Kette steht das Nichterreichen eines Schulabschlusses als schwerwiegendste Folge schulischen Misserfolgs. Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen.
In den vergangenen Jahren konnte insbesondere das sachsen-anhaltische Schulsozialarbeitsprogramm das Lernklima und den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern an sachsen-anhaltischen Schulen verbessern. Es ist so ein wesentlicher Baustein, Schulerfolg langfristig zu sichern. Voraussetzung für dessen Erfolg ist ein flächendeckender Einsatz des Programms an allen Schulen im Land. Dafür müssen die finanziellen und konzeptionellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.
Bisher sind in Sachsen-Anhalt die finanziellen Ressourcen für die Förderung von Schulsozialarbeit aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) im Programm „Schulerfolg sichern!“ genutzt worden. Das läuft i.d.R. 2020 aus und eine Anschlussfinanzierung ist fraglich. Um einen reibungslosen Übergang zu sichern, fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass an jeder Schule in Sachsen-Anhalt Fachkräfte der Schulsozialarbeit eingesetzt werden können.
Die Umsetzung soll in zwei Schritten erfolgen:

- In einem ersten Schritt sollen Mittel für ca. 400 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie die notwendigen Sachkosten im Rahmen der Verhandlungen zum Haushalt 2019 eingestellt werden, um das laufende ESF-Förderprogramm zum Schuljahresbeginn 2018/2019 zu ergänzen und eine flächendeckende Präsenz zu erreichen.
- Im zweiten Schritt sollen ab dem Schuljahresbeginn 2021/2022 Mittel für weitere 400 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einschließlich der Sachkosten in den Haushalt eingestellt werden, um das derzeitige EU-Förderprogramm abzulösen. Ab Schuljahresbeginn 2021/2022 finanziert das Land damit jährlich circa 50 Mio. Euro für die Arbeit von ca. 800 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. (Derzeit sind es 767 allgemeinbildende Schulen in LSA).“

Ein entsprechender Antrag wird von der Faktion DIE LINKE in die kommende Plenumssitzung eingebracht.

Von Birke Bull-Bischoff

Vor 55 Jahren: Kuba-Krise brachte die Welt an den Abgrund eines 3. Weltkrieges

Die 1959 mit dem sowjetischen Staatsbesuch unter Leitung N.S. Chruschtschows in den USA erhoffte Entspannung der internationalen Lage wurde gestoppt und zurückgedrängt durch den Spionageflug der USA gegen die Sowjetunion am 1. Mai 1960, der zum Abschluss der U2 mit Pilot Powers und zum Ausfall der in Paris angesetzten Konferenz der vier Großmächte führte. Diese gefährliche Tendenz setzte sich fort mit der Niederlage der USA in der Schweinebucht im April 1961, als die von Exilkubanern versuchte Invasion des vom Batista-Regimes befreiten und von Fidel Castro geführten Kubas scheiterte. Im Sommer 1961 spitzte sich die Krise um Westberlin zu und führte am 13. August 1961 zur Errichtung der Berliner Mauer.

In der letzten Oktoberdekade 1962 stand die Welt dicht davor, dass der Kalte Krieg der Supermächte USA und Sowjetunion, der Kalte Krieg der beiden entgegengesetzten Militärpaktsysteme in einem heißen, in den dritten Weltkrieg eskalierte.

Zur Abwehr eines weiteren Invasionsversuches gegen Kuba hatte sich dieses Land die Unterstützung der UdSSR verschafft. Die Sowjetunion stationierte Mittelstreckenraketen auf Kuba, zumal die USA Raketen gleicher Art auf türkischem Boden in Position gebracht hatten. Die USA erblickten in der Mittelstreckenstationierung auf Kuba eine Bedrohung des gesamten Südens der USA. Daraufhin verhängte US-Präsident Kennedy am 22. Oktober 1962 eine Seeblockade gegen Kuba und die Ankündigung, dass die US-Marine alle Kuba ansteuernden Schiffe kontrollieren werde. Die US-Streitkräfte wurden weltweit in Alarmbereitschaft versetzt. Gleichermaßen erhöhten die Streitkräfte der UdSSR und die Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages ihre Kampfbereitschaft. Sowjetische Schiffe hatten Kurs auf Kuba genommen. Die Supermächte USA und Sowjetunion standen kurz vor dem Krieg gegeneinander, die Welt haarscharf vor dem dritten Weltkrieg. In dieser überaus brisanten Situation setzte sich die Vernunft durch. Chruschtschow befahl auf Vermittlung der UNO hin eine Kursänderung der mit Kriegsmaterial beladenen Schiffe und versprach den Abbau der sowjetischen Raketenbasen auf Kuba. Kennedy garantierte, dass die USA zu keinem Zeitpunkt eine Invasion auf Kuba vornehmen würden. Damit war die akute Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges gebannt. Danach wurde das sogenannte Rote Telefon zwischen Moskau und Washington installiert.

In der Folgezeit haben die USA das sozialistische Kuba weitgehend diplomatisch, politisch und wirtschaftlich blockiert und damit das kubanische Volk stark belastet. Unzählige Versuche, Fidel Castro ermorden zu lassen, sind gescheitert. Er hat viele US-Präsidenten in deren Amt überlebt. Erst US-Präsident Obama hat diesen Teufelskreis durchbrochen und ein Mindestmaß an normalen gegenseitigen Beziehungen ermöglicht. Doch noch immer belasten die schweren Folgen der jahrzehntelangen politischen und wirtschaftlichen Blockade durch die USA das Leben und die Entwicklung des kubanischen Volkes. Noch ist auch nicht abzusehen, wie sich die Politik von US-Präsident Trump auf den weiteren Gang der Ereignisse in und um Kuba auswirken wird.

Durch Vernunft führten 1962 Chruschtschow und Kennedy eine Lösung der damaligen Krise herbei. Es ist geboten, dass US-Präsident Trump seine Weigerung, Verhandlungen mit Nordkorea aufzunehmen, aufgibt, damit die brandgefährlichen Provokationen des koreanischen Diktators Kim Jong Un schnellstens gestoppt werden. Sanktionen reichen nicht aus und treffen vor allem das Volk, die einfachen Menschen.

Stolpersteine glänzen wieder

Von Katja Bahlmann und Iris Korwie

Zum Tag des offenen Denkmals fand auch in Zeitz am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Altmarkt eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung statt.

Nach dem Gedenken nahmen sich Mitglieder der Basisgruppe Zeitz der Reinigung der im Stadtgebiet verlegten Stolpersteine an. Die Pflege tat Not, denn das Kupfer der Erinnerungssteine war schon sehr dunkel geworden. Heute kann man die Namen der im KZ ermordeten Zeitzerinnen und Zeitzer wieder richtig lesen und beim Vorbeigehen vielleicht auch einen Moment innehalten und derer gedenken.

Anlässlich der Verlegung des Stolpersteins von Auguste Lewy bereichtete Iris Korwie in unserem Kurier im November 2012 über die Veranstaltung der Initiative Stolpersteine Zeitz. Gunter Demnig, der künstlerische Herausgeber der Stolpersteine, war damals Gast in Zeitz, erzählte in dieser Veranstaltung über sein bisheriges Schaffen und was ihn zu den Stolpersteinen bewogen hat. Unter http://www.stolpersteine.eu kann sich jeder Interessierte über diese Initiative informieren. Der 1947 in Berlin geborene Künstler befasste sich schon seit Beginn seines Kunststudiums mit den Themen Frieden, Grundgesetz und Menschenrechte. Durch verschiedene Projekte in Deutschland und Europa erweckte er die Aufmerksamkeit nicht nur der Leute auf der Straße, sondern auch die der Polizei und Ordnungsbeamten. Oft jedoch bezog er diese auch mit ein.
Nach dem umfangreichen Kunststudium arbeitete er in Kassel als Assistent im Kunstmuseum an verschiedenen künstlerisch provozierenden Installationen. In den Jahren 1993/1994 reifte in ihm die Idee der Stolpersteine. Den Anstoß gab ein Pfarrer, um an die Deportation der jüdischen

Auguste Lewy geb. Hesse (17. Aug. 1867–1. März 1943)

Auguste Hesse wurde in Neusalz an der Oder geboren und war mit Jacob Lewy verheiratet. Sie lebte zuletzt als Witwe in Zeitz und zog nach Kriegsausbruch nach Berlin. Von dort wurde sie am 17. Februar 1942 nach Auschwitz deportiert, wo sie am 1. März 1943 ermordet wurde.

Stein verlegt am 26. November 2012 auf dem Neumarkt in Zeitz.

Bevölkerung während der Zeit des Faschismus in Deutschland zu erinnern. Zuvor hatte er mit Bleiplatten entlang der Berliner Mauer auf die Teilung der Stadt und die Opfer während des Kalten Krieges aufmerksam gemacht. In Köln legte er eine Spur von den Wohnungen der Sinti und Roma zu dem Ort ihres Abtransportes in die Vernichtungslager

Die Stolpersteine sind seit den 90er Jahren das Hauptprojekt, in welches er seine ganze Kraft und Liebe zu den Menschen einbringt. Er verbeugt sich mit jedem Stein vor den Opfern des Nationalsozialismus. Jeden Buchstaben auf der Messingplatte, die auf einen Betonstein befestigt wird, schlägt er mit der Hand ein. Damit tut er etwas Bleibendes gegen das Vergessen, regt zum Nachdenken und Nachforschen an. Besonders freut er sich über das Interesse der Jugend an dieser Zeit und den Menschen, die mit den Steinen wieder in Erinnerung gebracht werden. Die Steine sind ein Beitrag zur Versöhnung mit den Angehörigen der Opfer auf der ganzen Welt mit Deutschland. Sein Wirken für unser Land kann in der heutigen Zeit nicht hoch genug geschätzt werden.

Soziale Marktwirtschaft, die Wirtschaftsordnung in Deutschland ?

Von Reinhard Weber

Laut Staatsvertrag von 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist die soziale Marktwirtschaft die gemeinsame Wirtschaftsordnung für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Europäische Union strebt eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt an.

Wie ist die soziale Marktwirtschaft definiert? Zurückzuführen auf Ludwig Erhard und vorher auf Alfred Müller-Armack lautet die Definition der soziale Marktwirtschaft wie folgt: Soziale Marktwirtschaft ist ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden. Die Vorteile der freien Marktwirtschaft sollen den Sozialstaat gewährleisten und damit mögliche, negative Auswirkungen von Marktprozessen verhindern. Der Staat soll durch aktive Eingriffe in die Wirtschaft den Markt kontrollieren und bei Notwendigkeit korrigieren, um die soziale Absicherung des Volkes zu sichern.

Seit den neunziger Jahren wird in Deutschland eine Politik gemacht, die mit der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun hat. Sahra Wagenknecht sagt: „ Ludwig Erhard würde sich mit Grausen von der Politik abwenden“. Die Politik kann überhaupt nicht mehr regulierend in den Markt eingreifen. Großkonzerne und Finanzkapital bestimmen die Politik und organisieren die Gesetzgebung zu ihren Gunsten, bzw. schreiben die Wirtschaftsgesetze gleich selbst. Die Parlamente brauchen dann nur noch zu beschließen. Außerdem sieht die Politik tatenlos zu, wie Konzerne oder Banken verschmelzen, um noch mehr Profit zu machen und immer auf Kosten der Arbeitnehmer. Der Staat wird seiner ordnenden Rolle gegenüber der Wirtschaft, im Sinne des Sozialstaates nicht gerecht.

Mit der Agenda 2010 hat der Staat nun endgültig vor den Konzernen kapituliert. Zum Beispiel die Einführung von Leiharbeit oder Minijobs war nur im Interesse der Unternehmen, um Lohnkosten zu sparen. Das führt dazu, dass 40 Prozent der Beschäftigten seit Mitte der neunziger Jahre keine Einkommenszuwächse haben. Im Burgenlandkreis arbeiten 40 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen haben viel geringere Bildungschancen als Privilegierte. Wie soll sich da wettbewerbsfähiges Leistungsvermögen entwickeln, damit die Menschen zu Wohlstand kommen.

Die wirtschaftliche Dominanz der Monopole gefährdet im hohen Maße den Mittelstand. Bei der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Betriebe mit den Konzernen verdienen nur noch die Großen. Es geht immer um hohe Dividenden für die Großaktionäre, ohne wirtschaftlichen Weitblick.

Das alles hat nichts mit sozialer Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu tun. Wettbewerb findet in der freien Wirtschaft kaum mehr statt, es gilt das Recht des Stärkeren. Initiativen, die zum Wohlstand führen, sind dadurch selten. Der Sozialstaat muss die wachsende Zahl der Menschen vor Hunger und Not bewahren. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Die gesellschaftlichen Widersprüche vertiefen sich und sozial ist hier nichts mehr. Die Gier nach Profit zerstört das Gleichgewicht in der Gesellschaft. Ohne Ausgeglichenheit kann sich keine Gesellschaft positiv entwickeln. Der Alltag zeigt, das Zusammenleben der Menschen in Deutschland entwickelt sich alles andere als positiv. Zurück zu Ludwig Erhard, wäre schon ein Fortschritt.

Quelle: Wikipedia

RB Leipzig – (k)ein Grund zum Feiern

Von Kay Franke

Kaum ein Verein polarisiert derzeit die Fußballwelt so wie RB Leipzig. Dies ist der Versuch einer kurzen Betrachtung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Natürlich ist es völlig in Ordnung, sich darüber zu freuen, dass im Osten und mit Leipzig sogar in unserer Region erfolgreich Fußball gespielt wird.

Der Verein wurde 2009 auf Initiative der Red Bull GmbH gegründet und übernahm zur Spielzeit 2009/2010 das Startrecht des SSV Markranstädt in der 5. Liga Nordost. Die sportliche Leistung, bereits in der Saison 2017/2018 Champions Liga zu spielen, ist unbestritten.

Aber bereits die Übernahme der Lizenz eines Vereins mit dem Ziel, diesen aus Marketinggründen umzubenennen und in die erste Liga zu führen, unterscheidet das Projekt von fast allen anderen Bundesligamannschaften. Hinzu kommt noch: Die Lizenzspielerabteilung und die Nachwuchsteams bis zur U15 sind seit dem Aufstieg der ersten Mannschaft in die 2. Liga 2014 in die *Rasen-Ballsport Leipzig GmbH* ausgegliedert, deren Gesellschaft zu 99 Prozent die Red Bull GmbH und zu einem Prozent der Verein sind. Da auch die Vereinsmitglieder in enger Beziehung zu Red Bull stehen, wird der Klub faktisch von der Red Bull GmbH kontrolliert.

Dies ist ein weiterer Unterschied zu anderen Vereinen. Man kann dort faktisch nicht Mitglied werden. Im Rahmen der Lizenzvergabe für die 2 Liga erteilte die DFL dem Verein mehrere Auflagen, unter anderem die Neustrukturierung der Führungsebene. Im Zuge dessen eröffnete RB Leipzig auch erstmals die Möglichkeit, offizielles Fördermitglied zu werden. Der Jahresbeitrag liegt zwischen 70 und 1000 Euro. Ein Stimmrecht haben die Fördermitglieder jedoch nicht, da diese keine Mitglieder im Sinne des BGB sind und folglich nicht im Organ der Mitgliederversammlung(§ 32 BGB) sitzen. Im Zuge der Diskussion über den möglichen Neubau eines größeren Stadions äußerte der Vorstand im März 2016, dass RB Leipzig 17 stimmberechtigte Mitglieder und ca. 300 weitere Fördermitglieder habe.

Daran macht sich die Kritik der Fußballfans an RB Leipzig fest. Red Bull ist eben nicht nur Sponsor eines Clubs, die gibt es bei jedem, egal ob nun Gazprom oder Telekom, die jedes Jahr Millionen in die Vereine stecken, auch dass Namensrechte an Stadien verkauft werden ist üblich. Hier war der HSV Vorreiter in den späten 90er Jahren mit der Namensvergabe an AOL-Arena. Inzwischen hat man sich dran gewöhnt, das Stadien und Hallen den Namen von Firmen tragen.

Die Kritik an Red Bull ist, dass sie eben nicht einen Verein sponsern, sondern diesen komplett übernehmen, alles entscheiden und keine Strukturen anderer Vereine haben. Somit ist das Projekt RB Leipzig eben das maximal machbare im Kapitalismus.

Überhaupt lohnt es sich, das Unternehmen in Bezug auf Sponsoring genauer zu betrachten. Zum Wohle der Steigerung der Bekanntheit lässt Red Bull fast nichts aus.

Red Bull sponsert besonders gern Extremsportler! Vom wilden Image der Extremsportler profitiert und lebt Red Bull und diese sichern sich die finanzielle Basis für ihre Passion. Ohne Red Bull wäre auch der Fallschirmsprung von Felix Baumgartner im Herbst 2012 nicht möglich gewesen, bei dem beide Seiten bewusst ein immenses Risiko eingegangen sind. Nicht immer gehen die Flugzeug- und Basejump oder Motorradextremjumps gut. Der deutsche Guido Gehrman war der 8. Extremsportler, der sein Leben für Red Bull verlor. Er stürzte mit einem kleinen Jetflugzeug nach einer Flugshow ab.
Eine Kritik an der Kommerzialisierung des Fußballs wird zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Di	03.10.	Tag der Deutschen Einheit		
Di	10.10.	Vorstandsitzung Basisorganisation Stadt Hohenmölsen/Lützen	17:00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Di	10.10.	Sitzung der Basisorganisation Stadt Hohenmölsen/Lützen mit Wahlauswertung (diese veranstaltung könnte ggf. auch am 17.10. stattfinden— Information bitte bei F. Weidauer erfragen	18.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Di	10.10.	Vorstandsitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	DIE LINKE, Naumburg
Di	10.10.	STAMMTISCH DIE LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Di	17.10.	Sitzung Fraktion DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	DIE LINKE, Weißenfels
Mi	18.10.	Ausstellungseröffnung „Begegnung mit der deutschen Vergangenheit“ Freie Schule im Burgenland Jan Hus	17.00 Uhr	Turbinenhaus Weißenfelser Str. 15, Naumburg
Mi	18.10.	Gesprächsrunde „Populismus“	18.00 Uhr	SKZ Lindenhof, Hohenmölsen
Mi	18.10.	Redaktion KURIER	9.00 Uhr	Neumarkt 12, Zeitz
Do	19.10.	Kreisvorstandsitzung DIE LINKE BLK	18.00 Uhr	DIE LINKE, Weißenfels
Sa	21.10.	KREISPARTEITAG DIE LINKE BLK	10.00 Uhr	Bürgerhaus,Hohenmölsen
Mo	23.10.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Zeitz	19.00 Uhr	DIE LINKE, Zeitz
Di	24.10.	Vorstandsitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	DIE LINKE, Naumburg
Di	24.10.	STAMMTISCH DIE LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg
Do	26.10.	Infostand DIE LINKE Hohenmölsen	9.30 Uhr	Markt, Hohenmölsen

VORSCHAU

Mo	13.11.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Zeitz	19.00 Uhr	DIE LINKE, Zeitz
Di	14.11.	Sitzung Fraktion DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	DIE LINKE, Weißenfels
Di	14.11.	Vorstandsitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	DIE LINKE, Naumburg
Di	14.11.	STAMMTISCH DIE LINKE	20.00 Uhr	Klimkes Kneipe, Naumburg

Foto: Flickr/ Michel Arriens/ CC-BY-NC-2.0

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Oktober</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.